

Krankenhäuser in Niedersachsen / Gesundheitssystem muss neu aufgestellt werden

Es droht der kollektive Klinik-Kollaps



Die Beteiligten der Allianz nach der Pressekonferenz

Foto: Region Hannover

Das ist ein Novum in der Geschichte des Gesundheitsstandortes Hannover: Alle 21 Krankenhäuser, egal ob in Trägerschaft des Landes, der Kommunen, der Kirche, in gemeinnütziger oder privater Hand, schließen sich wegen akuter Finanznot in allen Häusern zu einem großen Protestbündnis zusammen. Moderiert wird diese bisher einmalige Allianz von Regionspräsident Hauke Jagau. Der SoVD ist an Bord.

Massiv beklagen die Geschäftsführungen sowie die Personal- und Betriebsräte und die Mitarbeitervertretungen die unzureichende Refinanzierung ihrer Leistungen durch Politik und Kranken-

kassen - eine Problematik, die auch für andere Krankenhäuser Niedersachsens gilt. Wegen des desolaten Finanzierungssystems befürchten sie den kollektiven Kollaps und sehen die Krankenhausversorgung in ihrer Qualität bedroht.

Unterstützt werden sie unter anderem von der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft und dem SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. Die Krankenhäuser werden in diesem Jahr dramatische Verluste einfahren. Das Gesamtminus aller Häuser wird voraussichtlich mehr als 30 Millionen Euro betragen - und für 2013 ist eine weitere Verschlechterung in Sicht. Das alles vor dem Hintergrund

milliardenschwer gefüllter Geldvorräte bei den Krankenkassen. Der wirtschaftliche Druck belastet spürbar sowohl die Beschäftigten als auch die Patienten, erklärte die Krankenhausallianz in einer gemeinsamen Pressekonferenz in Hannover. In einer „Hannoverschen Erklärung“ fordern die an der Allianz beteiligten Krankenhäuser die Politik auf, die wirtschaftliche Stabilität der Kliniken wieder herzustellen und die davon abhängige Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten.

„Bei allen Überlegungen muss das Patientenwohl im Vordergrund stehen. Bevor der Kostendruck so hoch wird, dass Leistungen an Pa-

tienten weiter reduziert werden, müssen die Finanzströme zwischen Bund, Land und den Krankenversicherungen neu reguliert werden“, sagt der SoVD-landesvorsitzende Adolf Bauer. Das Gesundheitssystem insgesamt müsse neu aufgestellt werden. Die bisher geltenden Rahmenbedingungen zur Leistungserbringung setzen heute zum Teil unerwünschte und widersinnige Anreize, die zu einer Über-, Unter- und Fehlversorgung führen. Deswegen müssten Bedingungen geschaffen werden, die die Durchführung oder Verweigerung einzelner Leistungen aus rein wirtschaftlichen Erwägungen verhindern. Der SoVD fordert deshalb die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die die notwendigen Verbesserungen möglich macht. In einer ersten Reaktion auf die Erklärung machte Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan deutlich, dass die auskömmliche Finanzierung der Krankenhauskosten eine hohe Priorität habe. Niedersachsen habe deshalb eine Entschließung im Bundesrat unterstützt, der eine stärkere Berücksichtigung der tatsächlichen Kostensteigerungen sicherstellt.



Liebe Mitglieder,

Niedersachsen hat also den Wechsel gewählt. Von Februar an wird voraussichtlich eine rot-grüne Landesregierung das Ruder übernehmen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und den Austausch. Aber wir sagen auch herzlichen Dank für zehn Jahre konstruktiver Zusammenarbeit mit CDU und FDP. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben viel in ihren Wahlprogrammen, was deckungsgleich mit dem SoVD ist. Was davon im Koalitionsvertrag stehen wird, bleibt abzuwarten. Wir haben unsere Wünsche noch einmal an SPD und die Grünen geschickt. Es wird spannend in Niedersachsen. Wir hoffen, dass wir alle trotz knapper Kassen schon bald möglichst viele soziale Impulse spüren können.

Ihr

A. Bauer
Adolf Bauer
1. Landesvorsitzender

SoVD gratuliert Stephan Weil zum Wahlsieg / Gespräche mit Parteien im Landtag

„Niedersachsen braucht neue soziale Impulse“

Es war eines der knappsten Wahlergebnisse in der Geschichte Niedersachsens. Letztendlich konnten sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen durchsetzen. Stephan Weil wird damit sehr sicher neuer Ministerpräsident.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. hat Stephan Weil zu seinem Wahlsieg gratuliert. Niedersachsen habe sich für den Wechsel entschieden. „Der ist in zahlreichen Politik-Bereichen auch erforderlich. Niedersachsen braucht viele neue, soziale Impulse“, kommentiert SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer das Ergebnis. Sein Verband, mit 272.000 Mitgliedern der größte im Land, stehe bereit, diesen Prozess kritisch

und konstruktiv zu begleiten. „Viele der in Wahlprogrammen und Podiumsdiskussionen vorgetragenen Schwerpunkte sind vielversprechend, allerdings muss man sie auch nach der Wahl umsetzen wollen“, so Bauer weiter. Der SoVD werde das Gespräch mit allen im Landtag vertretenen Parteien suchen, um ein „Weiter so“ zu verhindern.

Insgesamt haben sich SPD und Grüne für ihre Regierungszeit in den kommenden Jahre viel vorgenommen: Die Studiengebühren sollen künftig wegfallen, sie wollen mehr Krippenplätze schaffen und sich verstärkt um die Regionen in Niedersachsen kümmern, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind.



Stephan Weil war in den vergangenen Jahren Hannovers Oberbürgermeister und will nun gemeinsam mit den Grünen Niedersachsen regieren. Foto: Susie Knoll

Reise-Hotline

Wenn Sie Fragen zu bereits gebuchten Reisen unseres Partners Fit & Vital haben, wenden Sie sich bitte an die extra dafür eingerichtete Reise-Hotline unter der Rufnummer 0511/70148-51.